

"Die 4000-Watt Gesellschaft ist realistisch"

Autor(en): **Riva, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2006)**

Heft 4

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-639538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



«Die 4000-Watt Gesellschaft ist realistisch»

INTERNET

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern: www.bve.be.ch

Energiestrategie 2006:
www.bve.be.ch/site/bve_bve_pub_energiestrategie_d.pdf

Im Juli hat Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer ein Positionspapier der Berner Regierung zur künftigen Energiestrategie im Kanton präsentiert. Demnach soll der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie in den nächsten 30 Jahren um einen Drittel gesenkt werden. Dies mit Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der neuen erneuerbaren Energien. Die Kernenergie ist keine Option mehr.

Frau Egger, gemäss der kürzlich präsentierten Energiestrategie 2006 soll im Kanton Bern ab dem Jahr 2035 der Strom zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen fliessen. Wie wollen Sie das bewerkstelligen?

Die Energiestrategie des Kanton Berns steht auf zwei Standbeinen: Wir wollen die erneuerbaren Energien konsequent fördern und setzen dabei auf einheimische Energieträger wie Holz, Biomasse, Umweltwärme, Sonne, Wind und Wasser. Bereits heute bezieht der Kanton Bern rund 60 Prozent des Stroms aus der Wasserkraft. Diese soll in Zukunft optimal genutzt werden, wobei der Focus bei der Förderung der Kleinwasserkraft liegen wird.

Das zweite Standbein ist die Energieeffizienz – wir müssen den Energieverbrauch im Kanton massiv senken. Dabei orientieren wir uns an der Vision der 2000-Watt Gesellschaft: Mittelfristig wollen wir im Kanton den Energieverbrauch pro Kopf von heute 6000 auf 4000 im Jahr 2035 und schliesslich auf 2000 im Jahr 2050 senken.

Was kann die Regierung zur Zielerreichung beitragen?

Die Regierung sieht sich in erster Linie als Garant für gute und verlässliche Rahmenbedingungen, damit sich die Berner Unternehmen im zunehmend liberalisierten Energiemarkt behaupten können. Beispielsweise wollen wir

die raumplanerischen Voraussetzungen für den Bau von zwei bis drei Biomasse-Heizkraftwerke schaffen. Grundlage dazu wird ein kantonaler Teilrichtplan Energie sein, in dem die verschiedenen Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz im Kanton Bern für die Behörden verbindlich niedergeschrieben werden. Zudem werden wir auf gesetzlicher Ebene die Voraussetzungen zur Umsetzung der Strategie schaffen und das kantonale Energiegesetz entsprechend revidieren.

Wie fielen die Reaktionen der Parteien auf das Energiekonzept aus?

Dass die Förderung der heimischen, erneuerbaren Energien der ländlichen Bevölkerung neue Zukunftsperspektiven eröffnet, diese Überzeugung hat sich über die Parteigrenzen hinweg mehr oder weniger durchgesetzt. Bereits im Jahr 2003 haben wir dem Parlament im dritten Energiebericht vorgerechnet, dass bei einer konsequenten Förderung das Potenzial der Erneuerbaren im Kanton Bern zwischen 2002 und 2012 bei rund 1000 neuen und dauerhaften Arbeitsplätzen liegt. Und dies – wohlgemerkt – im ländlichen Bern. Entsprechend positiv ist das Echo aus dieser Ecke: Die Bäuerinnen und Bauern haben erkannt, dass sich ihnen mit den erneuerbaren Energieträgern neue Zukunftschancen eröffnen.

Wo sich die Geister scheiden, ist an der Frage nach der Zukunft der Kernenergie. Hier werden das rot-grüne Lager und die Bürgerlichen das Heu nie auf der gleichen Bühne haben. Ich wehre mich aber dagegen, die Energiepolitik im Kanton Bern alleine an dieser Frage aufzuhängen.

Gleichwohl warnen Energieexperten vor dem Ausstieg aus der Kernenergie. Mit der Begründung, dass mit den erneuerbaren Energieträgern die absehbare Stromlücke in zehn Jahren nicht geschlossen werden kann.

«DER KANTON BERN VERFÜGT ÜBER GENÜGENDE ALTERNATIVEN, UM MITTELFRISTIG OHNE KERNENERGIE AUSREICHEND STROM ZU PRODUZIEREN.»

Der Kanton Bern verfügt über genügend Alternativen, um mittelfristig ohne Kernenergie ausreichend Strom zu produzieren. In erster Linie geht es nun darum, die erneuerbaren Energieträger zum Durchbruch zu geleiten. Das Bundesparlament hat es in den Händen, im Herbst in den Beratungen zu den Stromvorlagen die Weichen richtig zu stellen und beispielsweise die Einspeisevergütung für die erneuerbaren Energieträger zu beschliessen.

Auf kantonaler Ebene werden wir die Anstrengungen in der Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den universitären Hoch- und Fachhochschulen vertiefen, um den Wissens- und Forschungsplatz Bern nachhaltig zu stärken. Der neue Regierungsrat hat sich auf die Fahne geschrieben, der Industrie und dem Gewerbe ein ideales Umfeld für technische Innovationen – auch im Energiebereich – zu schaffen.

Exponenten aus ihrer Partei bekämpfen das Ausbauprojekt «KWO plus» mit Höherstau des Grimssees zur Intensivierung der Wasserkraftnutzung. Und die heimische Windkraft ist aus Gründen des Landschaftsschutzes im links-grünen Lager umstritten...

Den Fünfer und das Weggli können wir nicht haben, da bin ich mit Ihnen einverstanden. Sei es beim Ausbau der Wasserkraft oder bei der Planung neuer Windparks: Im Vordergrund muss die objektive Interessensabwägung frei von jeglicher Ideologie stehen. Man kann nicht gegen die Kernkraft sein und gleichzeitig sinnvolle Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien bekämpfen. Wer die vorliegende Energiestrategie 2006 befürwortet, muss auch für das Projekt KWO plus sein.

Die Berner Kraftwerke BKW wollen die Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg über

das Jahr 2012 hinweg verlängern. Wie verhält sich die neue Regierung in dieser Frage?

Sie können davon ausgehen, dass die Berner Regierung in den nächsten vier Jahren einem Gesuch zur Verlängerung der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg eher ablehnend gegenüber stehen wird. Wir halten an unserem Ziel fest, die Energieversorgung im Kanton Bern langfristig ohne Atomstrom zu sichern. Der Entscheidung, wie lange das Kernkraftwerk Mühleberg am Netz bleibt, wird jedoch auf Bundesebene gefällt werden.

Als Alternative zur Kernenergie schlägt die Regierung den Bau von Gas-Kombikraftwerken vor. Diese verursachen jedoch erhebliche CO₂-Emissionen.

Diese Kröte müssen wir schlucken. Mit den Gas-Kombikraftwerken wollen wir die Übergangszeit überbrücken, bis die Erneuerbaren die Stromlücke füllen, die sich durch den Ausstieg aus der Kernenergie öffnen wird. Der zusätzliche CO₂-Ausstoss muss von den Betreibern kompensiert werden. Wie lange diese Übergangszeit sein wird, hängt davon ab, ob es uns gleichzeitig gelingt, den Energieverbrauch im Kanton Bern entscheidend zu senken. Auch die BKW anerkennt das Ziel der 4000 Watt-Gesellschaft bis im Jahr 2035 durchaus als realistisch.

Welche Rolle spielt EnergieSchweiz in Ihren Überlegungen?

Bei der Umsetzung der Energiestrategie sind wir – wie die anderen Kantone auch – auf die aktive Unterstützung durch den Bund angewiesen. Das Programm EnergieSchweiz ist heute ein fester Bestandteil der Schweizer Energie- und Klimapolitik und als solcher nicht mehr wegzudenken.

Der Grosse Rat wird die Energiestrategie in der Novembersession behandeln. Mit welcher Erwartungshaltung gehen Sie in Beratungen?

Mit unserem Positionspapier zeigen wir auf, dass die Ziele der Berner Regierung mit einer vorausschauenden und verantwortungsbewussten Energiepolitik erreicht werden können. Dies bestätigen mir Exponenten der Energiewirtschaft in persönlichen Gesprächen – unsere Strategie ist ambitiös, aber realisierbar. Ich werde mit Zuversicht in die Beratungen steigen.

Holz, Wasser und Sonne statt Kernkraft

Anfangs Juli hat die Berner Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer den Medien ein Positionspapier zur künftigen Energiepolitik im Kanton Bern präsentiert. Die Energiestrategie 2006 sieht vor, dass der Kanton in 30 Jahren ohne Kernenergie, dafür mit einheimischen Energiequellen und mit effizientem Einsatz der Ressourcen versorgt werden soll. Dabei werden folgende strategische Ziele verfolgt:

- Wärmeezeugung: Wohn- und Dienstleistungsgebäude sollen bis im Jahr 2035 zu 70 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen beheizt werden.
- Treibstoffherzeugung: Drei Prozent des Treibstoffes sollen aus Biomasse gewonnen werden.
- Stromerzeugung: 80 Prozent des Stroms sollen aus den erneuerbaren Energiequellen Wasser, Holz, Biomasse und Umweltwärme stammen.
- Energienutzung: Der Wärmebedarf des Gebäudebestands im Kanton Bern soll bis 2035 um 20 Prozent gesenkt werden.
- Raumentwicklung: Den kantonalen Richtplan soll neu ein Versorgungsplan Energie ergänzen. Zudem sollen die 60 Gemeinden, in denen zusammen über 60 Prozent der Bevölkerung lebt, einen verbindlichen Energiegerichtplan erarbeiten.

Das Positionspapier ist auf dem Internet unter www.bve.be.ch/site/bve_bve_pub_energiestrategie_d.pdf abrufbar.

Interview: Klaus Riva